Verordnung über den Schutz der Moore von nationaler Bedeutung (Moorschutzverordnung, MSchV)¹³

vom 15. Dezember 1999¹

Der Regierungsrat von Nidwalden,

gestützt auf Art. 64 der Kantonsverfassung, in Ausführung der Bundesgesetzgebung über den Schutz der Hoch- und Übergangsmoore sowie der Flachmoore von nationaler Bedeutung² und von Art. 14 des Gesetzes vom 4. Februar 2004 über den Natur- und Landschaftsschutz (Naturschutzgesetz, NSchG)^{3 14},

beschliesst:

I. GESCHÜTZTE GEBIETE

§ 1 Zweck

¹ Der Beschluss bezweckt den Schutz und Unterhalt der Moore im Sinne von Art. 18a des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz.

² Zum Schutzziel gehören insbesondere die Erhaltung der standortheimischen Pflanzen- und Tierwelt und ihrer ökologischen Grundlagen sowie die Erhaltung der geomorphologischen Eigenart der Moore.

§ 2 Schutzgebiete

¹ Geschützt sind alle Hoch- und Flachmoore von nationaler Bedeutung. Vorbehalten bleiben die Verordnung über den Schutz des Gnappriedes in der Gemeinde Stans⁴ und die Verordnung über den Schutz des Stansstaderriedes in der Gemeinde Stansstad⁵.

² Für die Grenzen der Schutzgebiete und der Pufferzonen sind die Originalpläne verbindlich, welche bei der zuständigen Direktion zur Einsicht aufliegen. Die im Anhang enthaltenen Übersichtspläne dienen nur der Information.

³ ...¹³

II. SCHUTZBESTIMMUNGEN

§ 3 Grundsatz

¹In den Hoch- und Flachmooren sind Nutzungen und Vorkehrungen untersagt, die dem Zweck dieses Beschlusses widersprechen.

²Die Beschränkungen gelten auch für die Pufferzonen, sofern die Nutzungen und Vorkehrungen das Schutzziel beeinträchtigen. Zulässig sind in den Pufferzonen insbesondere Bauten, Anlagen und Bodenveränderungen, die das Schutzziel nicht beeinträchtigen.

§ 4 Nutzungsbeschränkungen

In den Schutzgebieten sind verboten:

1. das Errichten von Bauten und Anlagen aller Art;
2. die Vornahme von Bodenveränderungen sowie das Ablagern von Gegenständen aller Art;
- 3.¹¹ das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln und Düngern gemäss den Anhängen 2.5 und 2.6 der eidgenössischen Verordnung vom 18. Mai 2005 zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung, ChemRRV)¹²;
4. die Veränderung des Wasserhaushaltes, insbesondere Meliorationen;
5. das Zelten und Kampieren;
6. das Befahren mit Fahrzeugen aller Art, mit Ausnahme für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung sowie für den Unterhalt von Skipisten; Holztransporte und das Befahren für den Unterhalt von Skipisten sind nur gestattet, wenn genügend Schnee liegt oder der Boden gefroren ist;
7. das Ansiedeln von standortfremden Pflanzen und Tieren;
8. das Pflücken, Ausgraben oder Zerstören von wildwachsenden Pflanzen;
9. das Töten, Verletzen, Fangen oder Stören von wildlebenden Tieren sowie das Beschädigen ihrer Unterschlupfe, Nester und Gelege; zulässig ist die Jagd nach den Bestimmungen der Jagdgesetzgebung⁸.

§ 5 Pflege und Bewirtschaftung

¹Die zuständige Direktion schliesst mit den Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern oder Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern Vereinbarungen über die Pflege und Bewirtschaftung ab. Darin kann

von den Schutzbestimmungen dieses Beschlusses abgewichen werden, wenn die Abweichung der bisherigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung dient und dem Schutzzweck nicht widerspricht.

² Ist der Schutz aufgrund besonderer Verhältnisse oder neuer Erkenntnisse nicht mehr gewährleistet, sind die Vereinbarungen anzupassen.

³ Kommt keine Vereinbarung zustande oder werden die Vereinbarungen nicht eingehalten, trifft die zuständige Direktion die erforderlichen Massnahmen.

§ 6 Ausnahmegewilligungen

¹ Die zuständige Direktion kann von den Schutzbestimmungen dieses Beschlusses Ausnahmen bewilligen, wenn:

1. sie sich auf Art. 5 der eidgenössischen Hochmoor- beziehungsweise Flachmoorverordnung stützen;
2. wenn sie dem Schutz der Moore dienen;
3. wenn ausserordentliche Verhältnisse vorliegen und die Anwendung der Schutzvorschriften nicht zumutbar ist.

² Wird durch ein Vorhaben Waldareal berührt, ist das Oberforstamt anzuhören.

³ Die Ausnahmegewilligung befreit nicht von der Einholung der im Bundesrecht vorgesehenen Bewilligungen.

III. RECHTSSCHUTZ

§ 7 ...¹⁴

IV. STRAF- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 8 Widerhandlungen¹⁴

Widerhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäss Art. 46 NSchG³ mit Busse bestraft.

§ 9 Vollzug

Der Vollzug dieses Beschlusses obliegt der zuständigen Direktion.

§ 10 Inkrafttreten

¹ Dieser Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

² Er tritt sofort in Kraft.

¹ A 1999, 1867

² SR 451; 451.32; 451.33

³ NG 331.1

⁴ NG 332.12

⁵ NG 332.14

⁶ NG 611.1

⁷ SR 814.013

⁸ 841.1

⁹ Fassung gemäss Landratsbeschluss vom 25. Oktober 2006, A 2006, 1705, A 2007, 5; in Kraft seit 1. Januar 2007

¹⁰ heute Art. 46 Naturschutzgesetz, NG 331.1

¹¹ Fassung gemäss Landratsbeschluss vom 22. Oktober 2008, A 2008, 2087, A 2009, 2; in Kraft seit 1. Januar 2009

¹² SR 814.81

¹³ Fassung gemäss Regierungsratsbeschluss vom 25. November 2014, A 2014, 2144; in Kraft seit 1. Januar 2015

¹⁴ Fassung gemäss Regierungsratsbeschluss vom 3. November 2015; A 2015, 1771, in Kraft seit 1. Januar 2016